

WB-WH-01 Wir machen den Welthandel fair

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: WB.WB-WH Wir machen den Welthandel fair

1 Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und
2 den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Vom
3 Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht
4 gäbe. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch.
5 Deutschland profitiert von offenen Märkten. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und
6 Südamerika konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft extreme
7 Armut überwinden.

8 Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale Seite. In
9 vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette
10 ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und
11 ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer
12 natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die
13 entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu großen Einfluss
14 auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist unser Ziel, die Globalisierung auch durch die
15 Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel indem wir die
16 internationalen Finanzströme besser regulieren (à Kapitel: Wir teilen den Wohlstand
17 gerechter) und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

18 Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten
19 Jahren gegen TTIP, TISA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung von
20 oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite.

21 Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit Abschottung zu
22 begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren, führt
23 in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener
24 Kooperation. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der
25 Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen.

26 Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung.
27 Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte
28 Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels einnimmt
29 und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische
30 Transformation.

31 Gerechte Regeln für die Welt

32 Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt werden,
33 also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Denn
34 sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die Armen haben das Nachsehen. Damit
35 das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen
36 neu belebt werden.

37 Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem
38 Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken zur

39 Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den
40 Erhalt unsere ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen
41 dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

42 Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der WTO
43 gelten.

44 So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen
45 Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit
46 menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Wir
47 haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine
48 neue Generation von fairen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer
49 höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung
50 erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen
51 auch soziale und ökologische Standards - also unter anderem Regeln zur Vermeidung von
52 Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von internationalen
53 Sozial-, Klima- und Umweltnormen sowie die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind
54 gleichwertig einklagbar und sanktionierbar.

55 Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss ebenfalls für eine
56 faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen
57 rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken
58 Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur
59 Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber
60 auch Taten folgen. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im
61 Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die
62 multilateralen Organisationen etablieren.

63 Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen
64 genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die
65 exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale
66 Landwirtschaft setzen.

67 **Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen**

68 TTIP, CETA, TiSA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte
69 der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen lehnen diese Abkommen in
70 ihrer jetzigen Form ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren,
71 kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen
72 Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in
73 Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz
74 sowie Arbeitsnormen nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

75 Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nicht
76 ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder um die
77 kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert
78 sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen
79 nicht vom Investitionsschutz ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor
80 einem Schiedsgericht würden so möglich.

81 Wir Grünen fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses
82 Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass
83 sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen nicht
84 für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest
85 oder Hormonfleisch sind verboten. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein
86 Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen

87 nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für
88 Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren gibt es
89 keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir entschieden
90 ab. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der
91 Vereinten Nationen ein, der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante
92 völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.

93 **Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder**

94 Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir Entwicklungsländern
95 Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre heimische
96 Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg, auf der
97 wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklommen haben. Subventionierte Importe aus
98 Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der
99 europäische Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen die heimische Produktion in
100 Westafrika verdrängt. Die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern
101 Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer
102 Zölle auf verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und
103 mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von
104 Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.

105 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Die
106 europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten verbindlich
107 zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt, doch es kann nicht der letzte sein. Die
108 gesamte Lieferkette muss gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen
109 von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen
110 nicht aus. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine
111 bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein, welches
112 Produkt echte Entwicklungschancen schafft.

113 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

114

115 **Neustart für faire Handelsabkommen**

116 Handelsabkommen, die anders als TTIP und CETA, transparent verhandelt wurden und an
117 sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine
118 gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie
119 Arbeitsnormen international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen
120 Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale
121 Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir
122 einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf
123 völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen
124 multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken.

125

126 **Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz**

127 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.
128 Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von
129 Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen
130 nicht aus. Wir wollen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen
131 verursacht wurden, zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen diese
132 Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.

133

134 **Hunger bekämpfen - Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen**

135

136 Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in Südasien und
137 Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur
138 Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das
139 wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von einem
140 Produkt am Markt kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns
141 weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den
142 Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und
143 Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

144
